

EIN AUFRUF FÜR DIE KIRCHE UND FÜR DIE WELT

Eigener Bericht

An Katholiken und alle Menschen guten Willens:

[Unterschreiben Sie den Aufruf](#)

Veritas liberabit vos.

Joh 8,32

In einer Zeit schwerster Krise erachten wir Hirten der katholischen Kirche es, kraft unseres Auftrags, als unsere heilige Pflicht, einen Appell an unsere Mitbrüder im Bischofsamt, an den Klerus, die Ordensleute, das heilige Volk Gottes und alle Männer und Frauen guten Willens zu richten. Dieser Aufruf ist auch von Intellektuellen, Medizinern, Anwälten, Journalisten und anderen Fachleuten unterzeichnet, die dem Inhalt zustimmen. Er kann von allen unterzeichnet werden, die ihn sich zu eigen machen möchten.

Die Fakten haben gezeigt, dass unter dem Vorwand der Covid-19-Epidemie in vielen Fällen unveräußerliche Rechte der Bürger verletzt und ihre Grundfreiheiten unverhältnismäßig und ungerechtfertigt eingeschränkt werden, einschließlich des Rechts auf Religionsfreiheit, auf freie Meinungsäußerung und auf Bewegungsfreiheit. Die öffentliche Gesundheit darf und kann kein Alibi werden, um die Rechte von Millionen von Menschen auf der ganzen Welt zu verletzen, geschweige denn, um die Zivilbehörden von ihrer Pflicht zu entbinden, mit Weisheit für das Gemeinwohl zu wirken. Das gilt umso dringlicher, je mehr Zweifel von verschiedenen Seiten an der tatsächlichen Ansteckungsgefahr, der Gefährlichkeit und der Resistenz des Virus laut werden: Viele maßgebliche Stimmen aus der Welt der Wissenschaft und der Medizin bestätigen, dass der Alarmismus der Medien wegen Covid-19 in keiner Weise gerechtfertigt zu sein scheint.

Wir haben Grund zur Annahme – gestützt auf die offiziellen Daten zur Epidemie in Bezug auf die Anzahl der Todesfälle – dass es Kräfte gibt, die daran interessiert sind, in der Weltbevölkerung Panik zu erzeugen. Auf diese Weise wollen sie der Gesellschaft dauerhaft Formen inakzeptabler Freiheitsbegrenzung aufzwingen, die Menschen kontrollieren und ihre Bewegungen überwachen. Das Auferlegen dieser unfreiheitlichen Maßnahmen ist ein beunruhigendes Vorspiel zur Schaffung einer **Weltregierung, die sich jeder Kontrolle entzieht**.

Wir glauben auch, dass in einigen Situationen die Eindämmungsmaßnahmen, inbegriffen die Schließung von Geschäften und Betrieben, zu einer Krise geführt haben, die ganze Wirtschaftszweige zum Erliegen gebracht hat und die Einmischung fremder Mächte begünstigt, mit schwerwiegenden sozialen und politischen Auswirkungen.

Diese Formen der Gesellschaftsmanipulation müssen von jenen, die Regierungsverantwortung tragen, beendet werden, indem sie Maßnahmen zum Schutz der Bürger ergreifen, deren Vertreter sie sind und in deren Interessen sie gemäß ihrer ersten Pflicht zu handeln haben. Sie müssen der Familie, der Keimzelle der Gesellschaft, helfen und vermeiden, schwache und ältere Menschen unangemessen zu benachteiligen und zu schmerzhaften Trennungen von ihren Angehörigen zu zwingen.

Die Kriminalisierung persönlicher und sozialer Beziehungen muss als inakzeptabler Bestandteil eines Projekts verurteilt werden, mit dem die Isolation der Individuen gefördert werden soll, um sie besser manipulieren und kontrollieren zu können.

Wir fordern die Wissenschaftsgemeinschaft auf, dafür zu sorgen, dass die medizinische Behandlung von Covid-19 in aufrichtiger Sorge um das Gemeinwohl gefördert und damit sorgfältigst vermieden wird, dass **zweifelhafte Geschäftsinteressen** die Entscheidungen der Regierungen und internationalen Behörden beeinflussen. Es ist unvernünftig, Arzneimittel, die sich als wirksam erwiesen haben und oftmals kostengünstig sind, zu ächten, um stattdessen Behandlungen oder Impfstoffen Vorrang einzuräumen, die nicht gleich wirksam sind, aber Pharmaunternehmen höhere Gewinne garantieren, wodurch sich jedoch die Kosten für das öffentliche Gesundheitswesen erhöhen. Wir erinnern als Hirten ebenfalls daran, dass es für Katholiken **moralisch inakzeptabel** ist, sich mit Impfstoffen behandeln zu lassen, zu deren Herstellung Material von abgetriebenen Föten verwendet wird.

Wir fordern die Regierenden außerdem auf, dafür zu sorgen, dass **Formen der Kontrolle über Menschen**, sei es durch Systeme zur Bewegungsverfolgung, sei es durch irgendwelche anderen Arten der Lokalisierung, auf das Strengste vermieden werden. Der Kampf gegen Covid-19, so ernst er auch sein mag, darf nicht als Vorwand zur Unterstützung undurchsichtiger Absichten übernationaler Organisationen und Gruppen dienen, die mit diesem Projekt sehr starke politische und wirtschaftliche Interessen verfolgen. Insbesondere muss den Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, derartige Einschränkungen der persönlichen Freiheiten abzulehnen, ohne dass dies irgendwelche nachteiligen Sanktionen für diejenigen zur Folge hätte, welche weder Gebrauch von Impfstoffen machen möchten noch Systeme zur Bewegungsverfolgung oder andere, ähnliche Instrumente nutzen wollen.

Man beachte auch die offensichtliche Widersprüchlichkeit jener, die einerseits eine Politik der drastischen Bevölkerungsreduzierung verfolgen und sich andererseits gleichzeitig als Retter der Menschheit darstellen, obwohl sie über keinerlei Legitimation verfügen, weder über eine politische noch über eine soziale. Letztendlich kann die politische Verantwortung derjenigen, die das Volk vertreten, auf keinen Fall „Experten“ übertragen werden, die – und das ist fürwahr beunruhigend – für sich selbst Formen der **strafrechtlichen Immunität** beanspruchen.

Wir fordern die **Medien** mit Nachdruck auf, sich aktiv zu einer genauen Informationsweitergabe zu verpflichten und Dissens nicht zu bestrafen, indem sie, wie in den sozialen Medien, in der Presse und im Fernsehen mittlerweile weit verbreitet, Formen der Zensur ausüben. Korrekte Informationsweitergabe bedeutet, dass auch anderen, von der vorherrschenden Meinung abweichenden Stimmen Raum gegeben wird. Erst damit ermöglicht man den Bürgern, mit bewusstem Verstand die Wirklichkeit zu bewerten, ohne ungebührlich stark durch parteiische Eingriffe beeinflusst zu werden. Eine demokratische und ehrliche Debatte ist das beste Gegenmittel gegen die Gefahr **subtiler Formen der Diktatur**, vermutlich noch schlimmerer Formen als jene, die unsere Gesellschaft in der jüngeren Vergangenheit entstehen und vergehen sah.

Lassen Sie uns schließlich als Hirten, die für die Herde Christi verantwortlich sind, daran erinnern, dass die Kirche mit Nachdruck **Autonomie in der Leitung, im Gottesdienst und in der Verkündigung beansprucht**. Diese Autonomie und Freiheit der Kirche ist ein Grundrecht, das der Herr Jesus Christus ihr gegeben hat, damit sie die Ziele verfolgen kann, die ihr eigen sind. Aus diesem Grund beanspruchen wir als Hirten nachdrücklich das Recht, über die Feier der Heiligen Messe und der Sakramente unabhängig entscheiden zu können.

Wir fordern ebenso die Anerkennung unserer uneingeschränkten Autonomie in allen Angelegenheiten, die in die unmittelbare Zuständigkeit der kirchlichen Autorität fallen, wie beispielsweise die liturgischen Normen und die rechtlichen Vorgaben zur Spendung der

heiligen Kommunion sowie zur Verwaltung der Sakramente. Der Staat hat keinerlei Recht, sich aus welchem Grund auch immer in die Souveränität der Kirche einzumischen. Kirchliche Autoritäten haben sich nie verweigert, mit dem Staat zusammenzuarbeiten, aber eine solche Zusammenarbeit ermächtigt die Zivilbehörden nicht, ganz gleich in welcher Form, Verbote oder Einschränkungen des öffentlichen Gottesdienstes und der Seelsorge zu verhängen.

Die Rechte Gottes und der Gläubigen sind das oberste Gesetz der Kirche, das sie weder aufheben kann noch will. Wir fordern daher, dass die Beschränkungen für die Feier öffentlicher Gottesdienste aufgehoben werden.

Wir laden alle Menschen guten Willens ein, sich ihrer Pflicht zur Mitwirkung für das Gemeinwohl nicht zu entziehen, jeder nach seinem Stand und seinen Möglichkeiten und im Geist brüderlicher Nächstenliebe. Die Kirche wünscht eine solche Zusammenarbeit, deretwegen jedoch weder von der Achtung des Naturrechts noch von der Gewähr für die Freiheiten des Einzelnen abgesehen werden darf. Die zivilrechtlichen Pflichten der Bürger einerseits implizieren andererseits die Anerkennung ihrer Rechte durch den Staat.

Wir sind alle aufgerufen, die aktuellen Fakten im Einklang mit der Lehre des Evangeliums zu beurteilen. Das verlangt eine Entscheidung: **Entweder mit Christus oder gegen Christus!** Lassen wir uns nicht von jenen einschüchtern oder gar erschrecken, die uns glauben machen wollen, wir seien nur eine Minderheit: Das Gute ist viel weiter verbreitet und mächtiger, als die Welt uns weismachen will. Wir kämpfen gegen einen unsichtbaren Feind, der die Bürger untereinander spalten, die Kinder von ihren Eltern, Enkel von ihren Großeltern, Gläubige von ihren Seelsorgern, Schüler von ihren Lehrern und die Kunden von den Verkäufern trennen will.

Lassen wir nicht zu, dass Jahrhunderte der christlichen Zivilisation unter dem Vorwand eines Virus ausgelöscht werden, um eine **verabscheuungswürdige technokratische Tyrannei** aufzurichten, in der Menschen, deren Namen und Gesichter man nicht kennt, über das Schicksal der Welt entscheiden können, indem sie uns in eine virtuelle Wirklichkeit verbannen. Wenn das der Plan ist, mit dem uns die Mächtigen dieser Welt beugen wollen, dann sollen sie wissen, dass Jesus Christus, König und Herr der Geschichte, verheißen hat, dass die Mächte der Finsternis nicht siegen werden (vgl. Mt 16, 18).

Vertrauen wir die Regierenden und all jene, die das Schicksal der Nationen lenken, dem allmächtigen Gott an, damit Er sie in diesem schweren Moment der Krise erleuchten und führen möge. Sie sollten daran denken, dass der Herr, wie er uns Hirten richten wird für Seine Herde, die Er uns anvertraut hat, so auch die Regierenden richten wird, deren Pflicht es ist, ihr Volk zu verteidigen und wohl zu regieren.

Wir wollen mit festem Glauben zum Herrn beten, damit Er die Kirche und die Welt schütze. Möge die allerseligste Jungfrau Maria, Hilfe der Christen, den Kopf der alten Schlange zertreten und die Pläne der Söhne der Finsternis zunichtemachen.

Unterschreiben Sie den Aufruf